



Bürger gegen den Industriewind-
park auf dem Rabenhain

für die IG-Gegenwind21:
Prof. Dr. Richard Huisinga
Am Hasengarten 5
57074 Siegen

www.gegenwind21.de

Siegen, den 23. März 2013

Energiemärkte und ihre Politik

Berichte
Pressespiegel
Dossiers

Blockierte Energie FR 15-03-2013

Umwelt- und Wirtschaftsminister im Clinch

Von Steven Geyer

Die Kanzlerin lauscht, und die Mitglieder des schwarz-gelben Kabinetts sitzen fast vollzählig auf der Regierungsbank – immerhin hebt der Wirtschaftsminister zur Regierungserklärung an, die ein zentrales Projekt dieser Koalition betrifft: die Energiewende. Nur einer fehlt. Der Umweltminister. Nach allem, was zuletzt geschah, ist das kein Zufall.

Wirtschaftsminister Philipp Rösler, FDP, und Umweltminister Peter Altmaier, CDU, haben es geschafft, sich ausgerechnet über das Politikfeld, das sie nur gemeinsam zum Erfolg führen könnten, hoffnungslos zu verstreiten. So sehr, dass Altmaier zu Röslers Regierungserklärung als letzter Minister an seinen Platz huscht, als der FDP-Chef schon zwei Minuten redet. Ein geheucheltes Händeschütteln, ein gemeinsames Bild der Dauerrivalen um die Herrschaft über die Energiewende erspart er ihnen so.

So wie sich die beiden Tags zuvor weigerten, einer gemeinsamen Einladung des Umweltausschusses zu folgen und sich nur getrennt befragen ließen – um nicht offen zu demonstrieren, dass die Energiewende hakt, weil Umwelt- und Wirtschaftsminister einander lustvoll blockieren.

So fehlen dem ohnehin leeren Klimafonds, der Ökostrom-Projekte von Bürgern und Kommunen fördern soll, 2014 erneut 1,1 Milliarden Euro. Denn Rösler verhindert, dass die Industrie mehr für ihren CO₂-Ausstoß einzahlt. Auf EU-Ebene blockiert er Altmaiers Vorstöße, der Wirtschaft mehr Klimaschutz und Energieeffizienz zu verordnen. Und über eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sind sie so uneins, dass sie als abgesagt gelten muss.

Wer wird Wende-Minister?

Dahinter steckt auch die Machtfrage; zumal nach der Bundestagswahl womöglich ein Energieministerium entsteht. Derzeit geht es aber darum, ob eher die Stromkonzerne von der Energiewende profitieren und die Industrie von den Kosten verschont wird. So will es Rösler. Oder ob Öko-Energien weiter wachsen, auch in Bürgerhand, auch unter Beibehaltung des Naturschutzes. Dem Ideal entspricht zwar nicht jede Idee Altmaiers, aber sein Ministerium tickt durchaus noch so.

Rösler gibt in der Regierungserklärung den Macher: Anders als Rot-Grüne „haben wir uns nicht

stieg zu beschließen und dann die Hände in den Schoß zu legen“, ruft er. Per Gesetz will der fürs Stromnetz zuständige Minister dessen verschleppten Ausbau antreiben. Der Entwurf schreibt 36 neue Höchstspannungstrassen als dringlich fest. 2 800 Kilometer Leitungen sollen gebaut, noch mal so viele renoviert werden. Aber, betont er mehrfach, man dürfe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nicht schädigen, etwa durch zu hohe Strompreise.

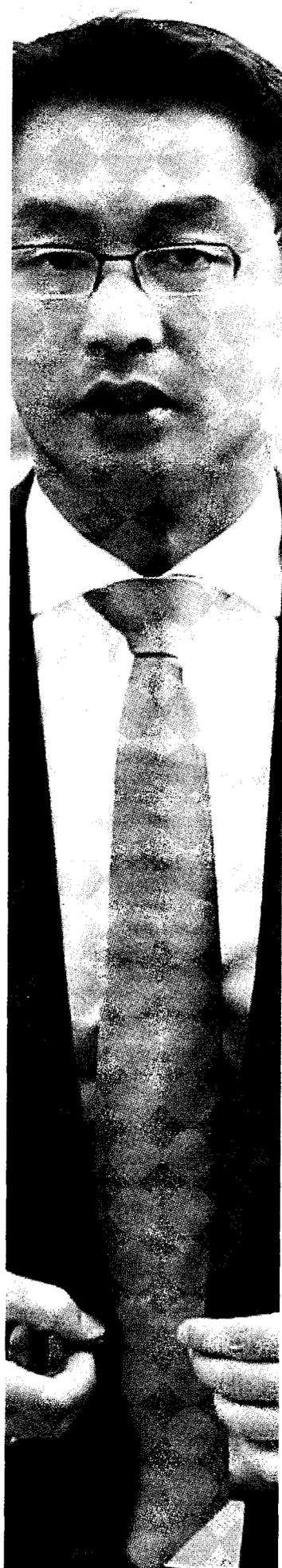
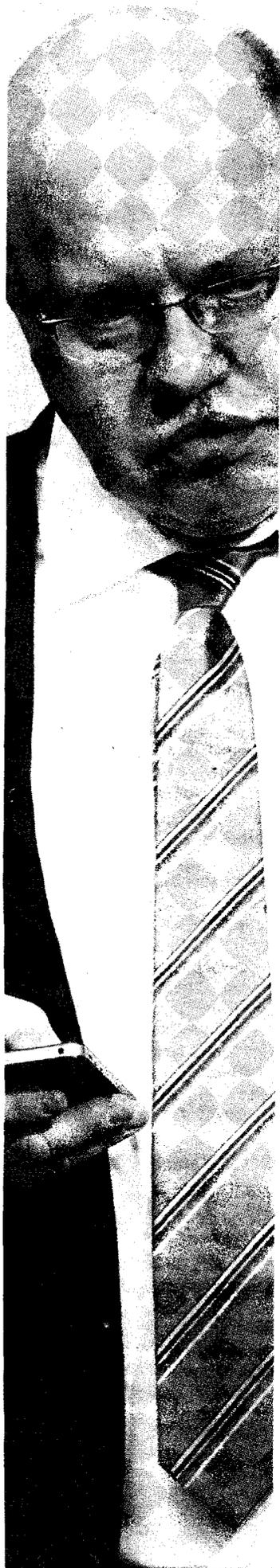
Rösler schützt die Industrie

Energiewende geht bei Rösler nicht ohne Bangen um Großindustrie und „Versorgungssicherheit“, nicht ohne die schwierige „Durchsetzbarkeit von Infrastrukturmaßnahmen“ anzuprangern. Sein Gesetz soll nun Planungs- und Bauzeiten von zehn auf vier Jahre verkürzen. Er lobt die Bundesnetzagentur, die beim Schreiben der Bedarfspläne Bürger mitreden ließ. Man brauche deren Akzeptanz, ruft Rösler. Altmaier sitzt hinter ihm und blickt während der Rede nicht einmal auf.

Dabei hat er darüber erst zwei Tagen zuvor selbst leidenschaftlich referiert – freilich mit anderem Akzent. Da stand er am Dienstagabend auf einem Symposium des Vereins Deutscher Ingenieure in Berlin und warb für die „Umkrempelung der kompletten Infrastruktur“: Schritt für Schritt werde die zentralisierte Energieproduktion zum dezentralen System. 1,3 Millionen kleine Stromerzeuger gebe es schon, vor allem in der Photovoltaik, lobte er. Er-Subtext: als wahrer Energiewende-Minister – hat schon eine Abteilung für Bürgerbeteiligung gegründet. Er erwähnt Energie-Genossenschaften und seine Idee, Anwohner an Trassenbauten und deren Gewinnen zu beteiligen.

Das ist ziemlich das Gegenbild zu dem, was Rösler unter Energiewende versteht. Er lehnt Altmaiers „Bürgerdividende“ als unnötig ab. Die vom Umweltminister groß angekündigte „Strompreisbremse“ halten Röslers Beamte für zum Scheitern verurteilt. Selbst die Gründung einer zentralen Netzgesellschaft, die Union und FDP 2009 in den Koalitionsvertrag schrieben, wehrt er ab.

In seiner Gegenrede zu Rösler mokiert sich SPD-Chef Sigmar Gabriel zwar, dass Altmaier im SZ-Interview zu Röslers Leistungen nur einfiel, er wolle sie nicht kommentieren. Ein tolles Lob sei das, ätzt Gabriel. Dabei war es wohl tatsächlich das Netteste. was



Drei Windräder in Dillbrecht

Windkraftplanung der Stadt Haiger auf der Agenda des Bau- und Umweltausschusses

*Die Anlagen werden von
Wohngebieten in
Wilgersdorf und Rudersdorf
zu sehen sein.*

sz ■ Das Thema Windkraftplanung steht erneut auf der Tagesordnung des Wilnsdorfer Bau- und Umweltausschusses, der in der kommenden Woche tagt. Die Bezirksregierung Gießen hat die Gemeinde Wilnsdorf über die Offenlegung des Entwurfs des Teilregionalplans Energie Mittelhessen informiert und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 4. April 2013 eingeräumt, erklärt Josef Nordmann von der Verwaltung in den Sitzungsunterlagen. Gegenstand des Teilregionalplans Energie Mittelhessen sei auch die Ausweisung von Windvorranggebieten auf Ebene der Regionalplanung, die damit einen planerischen Rahmen für die kommunale Bauleitplanung festlege.

Für die Gemeinde Wilnsdorf seien die Windvorranggebiete von Relevanz, die unmittelbar hinter der Gemeindegrenze Wilnsdorf/Haiger dargestellt werden, so Josef Nordmann. Es handelt sich um folgende Bereiche: Nr. 2103 in den Gemarkungen Allendorf, Dillbrecht, Fellerdill, Haigerseeilbach und Steinbach, Nr. 2202 in der Gemarkung Dillbrecht. Dargestellt ist ein großräumiger Bereich, der sich von der östlichen Gemeindegrenze Wilnsdorf (südlich der A 45) auf Höhe der Kalteiche entlang der in nordöstlicher Richtung verlaufenden Gemeindegrenze, südöstlich des Rothaarsteigs, bis zur Gernsbacher Höhe erstreckt.

Nach Auskunft der Stadt Haiger handelt es sich um einen Gebietszuschnitt der Bezirksregierung Gießen unter regionalplanerischen Gesichtspunkten. Die Überlegungen der Stadt Haiger zur Ausweisung weiterer Windkraftkonzentrationszonen im Flächennutzungsplan bezögen sich jedoch nicht auf die ganze im Regionalplamentwurf dargestellte Fläche, sondern konzentrierten sich auf den Bereich Nr. 2202/2104 im Bereich Dillbrecht auf der Gernsbacher Höhe und der Tiefenrother Höhe sowie evtl. auf eine geringfügige Erweiterung der bereits bestehenden Konzentrationszone Sinnerhöfchen auf der Kalteiche. Der Bereich 2103 solle noch geprüft werden.

Für den zwischen der Zone Sinnerhöfchen und der Tiefenrother Höhe entlang des Rothaarsteigs gelegenen Bereich bestünden seitens der Stadt Haiger keine Planungsabsichten für eine Windkraftnutzung. Gleichwohl sehe die Regionalplanung die sehr großzügige Ausweisung von Windvorranggebieten vor, die damit auch über die Planungsabsichten der Stadt Haiger hinausgehende Planungsoptionen beinhalten würde.

Zu der konkreten Planung von drei Windkraftanlagen im Bereich Dillbrecht habe die Gemeinde Wilnsdorf die Möglichkeit bis zum 5. April 2013 bei der Bezirksregierung Gießen Anregungen oder Be-

denken vorzubringen. Dort seien drei Anlagen mit einer Gesamthöhe von 196 Metern bei einer Nabenhöhe von 140 Metern und einem Rotordurchmesser von 112 Metern und mit einer Leistung von jeweils drei MW geplant.

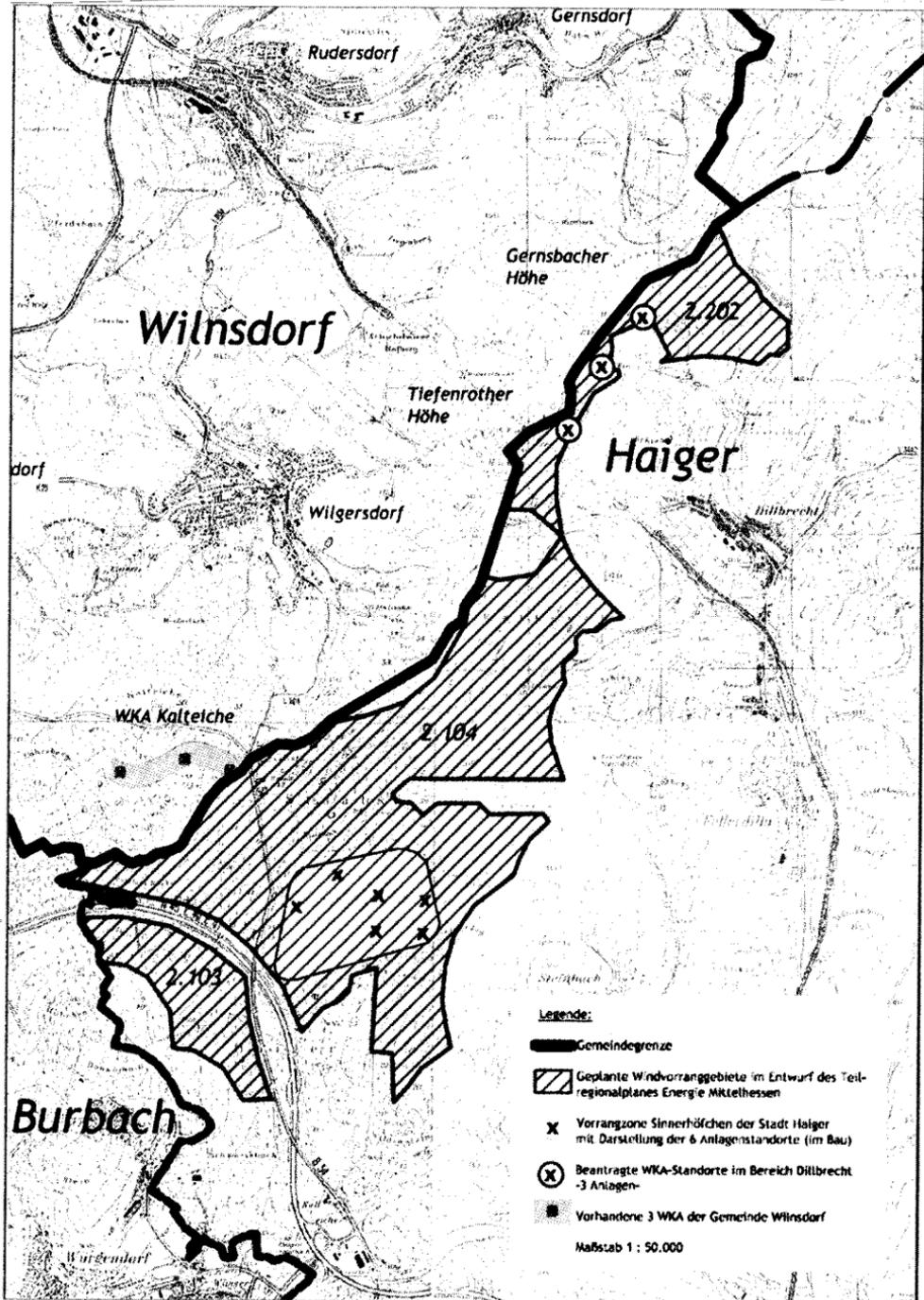
Diese Anlagen würden aus Sicht der Wilnsdorfer Ortslagen kurz hinter der Bergkuppe der Tiefenrother Höhe/Gernsbacher Höhe errichtet. Der Abstand der Wohngebiete in Wilgersdorf und Gernsdorf zum jeweils nächstgelegenen Anlagenstandort beträgt laut Sitzungsunterlagen der Wilnsdorfer Verwaltung rund 1750 Meter.

Die Anlagen werden demnach nahezu in voller Höhe aus exponierten Bereichen von Wohngebieten in der Gemeinde Wilnsdorf, insbesondere der nächstgelegenen Ortsteile Wilgersdorf und Rudersdorf, zu sehen sein und ihre deutlichste Sichtwirkung in Richtung Wilgersdorf (Bereiche Hofacker\Hohler Weg\Dornhecke), rund 1800 bis 2800 Meter entfernt liegend, entfalten. In den Antragsunterlagen der Stadt

Haiger werde davon ausgegangen, dass die von den geplanten Anlagen ausgehenden optischen und akustischen Immissionen die rechtlich zulässigen Werte nicht überschreiten. Mit Schattenwurf sei gerüfungsfähig im Bereich des rund 1,5 Kilometer entfernten Wahlbacher Hofes zu rechnen. Die wegemäßige Erschließung der Dillbrechter Anlagen soll von der B 54 durch Inanspruchnahme und Ausbau vorhandener Wirtschaftswege genommen werden.

Zurzeit laufen laut Josef Nordmann Abstimmungsgespräche der Wilnsdorfer Verwaltung mit der Stadt Haiger. Die Verwaltung gehe davon aus, dass Prüfung und Wertung der vorliegenden Unterlagen zur Regionalplanung und zum konkreten Projekt bei Dillbrecht bis zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses abgeschlossen sind und dann ein Beschlussvorschlag vorgelegt werden kann, der es der Gemeinde Wilnsdorf ermöglicht, innerhalb der gesetzten Fristen eine Stellungnahme abzugeben.

57 15-03-2013



Die für die Gemeinde Wilnsdorf relevanten Windvorranggebiete verlaufen von der A45 im Südwesten in nordöstlicher Richtung bis zur Gernsbacher Höhe. Karte: Verwaltung

Mittelstand beklagt hohe Energiepreise

Zufriedenheit mit den Standortbedingungen in Deutschland sinkt

Nur noch jeder dritte Mittelständler in Deutschland ist mit den Rahmenbedingungen an seinem Standort uneingeschränkt zufrieden. Damit fällt der Anteil derjenigen, die die Gegebenheiten vor Ort rundum gut bewerten, von 40 auf 34 Prozent, wie aus dem am Sonntag veröffentlichten Mittelstandsbarometer der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young hervorgeht.

Die Umfrage wird halbjährlich unter 3 000 Firmen mit 30 bis 2 000 Mitarbeitern durchgeführt. Erstmals seit 2009 sank den Angaben zufolge dabei auch die Zustimmung zur bundesweiten Standortpolitik. Zuletzt bewerteten 80 Prozent der Befragten diese als positiv. Im Vorjahr waren es noch 87 Prozent der Mittelständler gewesen.

„In der sinkenden Zustimmung zur Standortpolitik der Bundesre-

gierung spiegelt sich vor allem die konjunkturelle Unsicherheit in der Eurozone und damit auch in Deutschland wider“, erklärte der Mittelstandsexperte von Ernst & Young, Peter Englisch. Nach wie vor sei aber eine große Mehrheit der Mittelständler grundsätzlich einverstanden mit der politischen Richtung für den heimischen Standort. Fakt sei, dass Deutschland nach wie vor innerhalb Europas der Fels in der Brandung sei – und das auch aus Sicht ausländischer Investoren, die zunehmend Deutschland als attraktiven und wettbewerbsfähigen Standort entdeckten.

Am zufriedensten waren demnach Unternehmen in Bayern. Der Freistaat liegt mit den besten Wertungen in Bildungs-, Mittelstands- oder Förderpolitik auf Platz 1 des Ländervergleichs – gefolgt von Baden-Württemberg und Nieder-

sachsen. Hinten landete das Saarland, noch nach Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Das Infrastruktur-Ranking wird hingegen von Hessen angeführt.

Besonders große Sorgen bereiten dem deutschen Mittelstand neben der europäischen Schuldenkrise demnach auch hohe Energiepreise. 70 Prozent aller Befragten bezeichneten hohe Kosten für Energie als große oder sehr große Gefahr für die deutsche Konjunktur.

Probleme nur aufgeschoben

Ähnlich bewerteten sie die Verunsicherung von Unternehmen und Investoren wegen der Staatsschuldenkrise in Europa. Die Mehrheit der Befragten (72 Prozent) erwartet eine weitere Zuspitzung der Krise, jeder Dritte glaubt sogar an ein Zerbrechen

der Eurozone. Viele Mittelständler würden den bisherigen Strategien der Politiker zur Lösung der Staatsschuldenkrise misstrauen, sagte Englisch. Aus eigener Erfahrung wüssten die Mittelständler um die Notwendigkeit struktureller Anpassungsprozesse in Krisenzeiten und sähen in einer „Politik des billigen Geldes vor allem einen Aufschub der Probleme, nicht aber die Lösung“. Die große Mehrheit der Unternehmer (81 Prozent) ist der Ansicht, dass schließlich auch Deutschland in erheblichem Umfang für die Schulden anderer Euro-Länder zahlen wird.

Doch auch nach hinten ist die Sorgenliste lang: Ähnlich schwer zu schaffen machen den deutschen Mittelständlern hohe Rohstoffpreise, die Rezession in europäischen Ländern, aber auch potenzielle Kunden, die wegen der Krise verunsichert sind. (dpa)

FR 18-00-2013

Doppelschlag mit Wirkung

Mögliche Zölle für Solarmodule aus China und Subventionsstreit schüren Branchenängste

Von Jakob Schlandt

FALLENDE PREISE

Runter: Seit Jahren fallen die Preise für Solaranlagen. Deshalb gingen viel mehr Anlagen als geplant ans Netz. Das hat die Ökostrom-Umlage und damit die Strompreise stark in die Höhe getrieben.

Rauf: Während in Deutschland ein Einbruch bevorsteht, boomt Solarenergie in Nord- und Südamerika sowie in China und Japan, wo hohe Subventionen einen Investitionsboom ausgelöst haben.

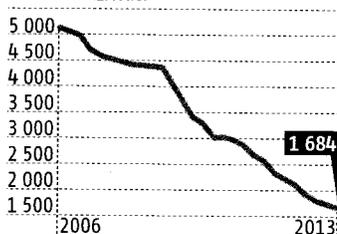
im Juni ausgesprochen werden. Seit 6. März müssen deshalb alle aus China eingeführten Module und deren Komponenten beim Zoll registriert werden, denn ein Strafzoll kann bis zu 90 Tage rückwirkend ausgesprochen werden. Christoph Lierheimer, Geschäftsführer von Reno Solar, der mit Solarmodulen handelt, macht deshalb eine „unglaubliche Verunsicherung“ im Markt aus. Mehr als 80 Prozent der in Europa verbauten Module stammen schließlich aus China.

Zunächst weigerten sich die chinesischen Hersteller, das Risiko zu übernehmen. Aber auch die Händler wollen es nicht tragen. Der Import von China-Ware ist deshalb im Augenblick teils zum Erliegen gekommen. Fieberhaft wird nach Ausweichmöglichkeiten gesucht – zum Beispiel die Abwicklung über kleine Importtöchter, deren Insolvenz verkräftbar wäre, falls die Strafzölle tatsächlich kommen. Einige große Projektgesellschaften seien jedoch an Verträge gebunden und machten einfach weiter wie gehabt, heißt es im Markt – und gehen damit ein enormes Risiko ein.

Gleichzeitig steigen die Preise für europäische Module aus Chi-

Endkundenpreis für fertig installierte Dachanlagen

Durchschnitt in Euro pro Kilowattpeak, ohne Umsatzsteuer



FR/GALANTY; QUELLE: SOLARWIRTSCHAFT.DE

na, die vor dem 6. März in die EU kamen und deshalb nicht betroffen sind. Martin Schachinger, Experte des Handelsplatzes pvXchange, berichtet: „Innerhalb weniger Tage sind die Preise für China-Module, die bereits in Europa sind, um bis zu 20 Prozent gestiegen.“

Kommen die Strafzölle tatsächlich, ist dauerhaft mit Preissteigerungen zu rechnen. Denn die europäischen Hersteller verkaufen teurer und können die bisherige Nachfrage alleine überhaupt nicht mehr bedienen. Zahlreiche Solarfabriken sind bereits pleite, andere haben ihre Kapazität angesichts der enormen Konkurrenz aus China drastisch zusammengestutzt.

Gleichzeitig sinken die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorgesehenen Einspeisevergütungen Monat für Monat, derzeit um jeweils 2,2 Prozent. Da schon jetzt kaum noch mehr als sieben Prozent Rendite möglich sind, lohnen sich bei dieser Entwicklung bald nur noch Projekte an sehr sonnenreichen Standorten oder mit hohem Eigenverbrauch des Stroms.

Der zweite Schock für Solarinvestoren in Deutschland ist die

politische Debatte um die sogenannte Strompreisbremse, über die Umweltminister Peter Altmaier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler mit den Bundesländern derzeit verhandeln. Damit soll die EEG-Umlage stabilisiert werden, unter anderem dadurch, dass erst fünf Monate nach Anschluss ans Stromnetz Subventionen an die Betreiber der Anlagen fließen. Möglicher Starttermin: Schon der 1. August. Bestürzung hat aber vor allem die Erwägung der Politik ausgelöst, auf Anlagen, die schon lange am Netz sind, eine Sonderabgabe zu erheben – de facto käme das einer Enteignung gleich, denn das EEG versprach eine auf 20 Jahre feste, staatlich garantierte Vergütung für den Strom. Obwohl Solaranlagen davon ausgenommen werden sollen, hat das in der Branche Ängste geschürt. Wirklich sicher, dass irgendwann auch bei den Solarbetreibern abbaskiert wird, kann nun niemand mehr sein.

Ein Doppelschlag mit Wirkung: Ein Rückgang der neu installierten Kapazität um bis zu zwei Drittel würde zu einer deutlichen Verschärfung der Krise der deutschen Solarindustrie führen. Die fertige Industrie ist bereits weitgehend durch chinesische Solarfirmen verdrängt worden. Die wenigen verbliebenen Unternehmen wie zum Beispiel die Solarsparte von Bosch und Solarworld würden allerdings zumindest durch die Strafzölle auf China-Ware profitieren. Doch weder den Solarinstallateuren, die die Anlagen aufbauen, noch den Projektentwicklern wäre damit geholfen. Gut möglich, dass in Deutschland bald der Buchstabe N aus dem Wort Solarbranche gestrichen werden kann.

FR 18-03-2013

Wer zu oft daneben lag, dem glaubt man nicht mehr. Regelmäßig hatte die deutsche Solarbranche vor dem Kollaps gewarnt – und jedes Mal lag sie daneben. Ein halbes Jahrzehnt lag die Leistung der jährlich neu gebauten Anlagen weit über dem, was die Photovoltaik-Lobby prognostizierte und die Politik wünschte. Der Grund war stets, dass die Preise viel schneller fielen als vorhergesagt und so die Kürzung der Subventionen ins Leere lief.

Politische Schocks

2012 war noch einmal ein Rekordjahr, Anlagen mit einer Leistung von rund 7,5 Gigawatt gingen in Deutschland ans Netz. Das war noch etwas mehr als in den beiden Vorjahren. Viele Experten hatten bis vor kurzem damit gerechnet, dass es dieses Jahr nur etwa vier bis fünf Gigawatt werden. Doch nun kommt es möglicherweise noch viel heftiger. Erkan Aycicek, Chefanalyst für Energie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), sagt: „2013 ist auch ein Absturz auf 2,5 bis drei Gigawatt möglich, wenn die Unsicherheit anhält.“

Damit meint der Experte gleich zwei schwere politische Schocks, die die Branche in den letzten Wochen ereilt haben. Der erste: Die EU-Kommission treibt derzeit ein Verfahren gegen chinesische Solar-Firmen voran. Vieles spricht dafür, dass sie ihre Ware unter Herstellungskosten verkaufen und illegale Subventionen vom Staat erhalten. Hohe Strafzölle auf Solarequipment von bis zu 85 Prozent könnten deshalb schon

Öko-Bremse für die Bahnen

Den Unternehmen drohen enorme Belastungen durch die Energiewende. Das könnte zu höheren Fahrpreisen führen

Von Jakob Schlandt

Die Bundesregierung will die Verbraucher noch vor der Bundestagswahl vor weiteren Belastungen durch die Energiewende schützen – doch ausgerechnet Nutzer von Fernzügen und Nahverkehr, die dadurch die Umwelt schonen, sollen dafür zahlen – und zwar so viel, dass ihnen unterm Strich deutlich weniger im Geldbeutel bleibt.

Der Hintergrund: Laut den Plänen für die „Strompreisbremse“ von Bundesumwelt- und Wirtschaftsministerium soll die weitgehende Befreiung des Schienenverkehrs beendet werden. Bislang zahlen die Bahnen in Deutschland nur einen Bruchteil der Umlage, die für Privatverbraucher und Kleinbetriebe fällig wird. Nun sollen die Bahnunternehmen den vollen Satz bezahlen, der derzeit

bei 5,3 Cent pro Kilowattstunde liegt.

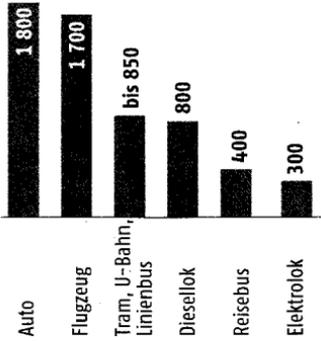
Die finanziellen Folgen wären erheblich. Die Ministerien rechnen damit, dass das EEG-Konto pro Jahr um etwa 250 Millionen Euro entlastet würde – und den Bahnunternehmen damit Mehrkosten in dieser Höhe entstehen würden. Allein die Deutsche Bahn rechnet mit 137 Millionen Euro, hinzu kommen die Privatbahnen und die kommunalen Verkehrsbetriebe, also U-Bahn und Tram.

Bis zu 40 Euro mehr im Jahr

Besonders für die Deutsche Bahn könnte es sogar noch dicker kommen: Die Regierung denkt auch darüber nach, den in eigenen Kraftwerken erzeugten Strom deutlich höher zu belasten. Das könnte für die Bahn laut früheren Angaben maximal weitere

Energieverbrauch im Verkehr

in Kilojoule je Personenkilometer



FRIAMANIA KÜHL; QUELLE: DENA

350 Millionen Euro ausmachen. Schon allein die Rücknahme der EEG-Befreiung käme die Bahn-Fahrgäste teuer zu stehen. Der Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Jürgen Fenske, rechnet allein dadurch mit Preissteigerungen von bis zu sieben Prozent.

Das könnte die Strompreisbremse für die viele Bahnkunden komplett konterkarieren und zu einer deutlichen finanziellen Belastung werden. Das ZDF-Magazin Wiso berichtete am Montagabend über Berechnungen von Verbraucherschützern und VDV, wonach eine dreiköpfige Familie mit 2.000 Kilowattstunden Stromverbrauch pro Jahr 1,20 Euro einsparen würde durch die Beteiligung des Schienenverkehrs an der EEG-Umlage.

Der falsche Weg

Viele Kritiker des EEG bemängeln zurecht, dass viel zu viele Unternehmen davon ausgenommen sind – obwohl sie nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Man könnte argumentieren, dass das auch beim Schienenverkehr der Fall ist. Doch dann darf die Lösung nicht lauten, Fahrgäste durch höhere Preise zu vergraulen. Wird die Bahn tatsächlich mit der EEG-Zahlung belastet, muss das fehlende Geld unbedingt durch entsprechende Zuschüsse aus dem Steuerhaushalt ausgeglichen werden.

Kauft diese Familie ein Dauerticket, müsste sie aber in Berlin 34 Euro mehr pro Jahr bezahlen aufgrund der höheren Strompreise für die BVG. In Köln wären es 38 Euro und in Frankfurt am Main sogar 41 Euro. Sowohl der Schienenverband als auch die Verbraucherschützer kritisieren das Vorhaben, weil es eine umweltfreundliche Verkehrsform bestra-

FR 19-03-2013

Solarkrise erreicht China

Einer der weltgrößten Sonnenkollektoren-Hersteller ist insolvent

dpa Peking. Der große chinesische Solarhersteller Suntech Power hat Insolvenz angemeldet. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua gestern berichtete, wird eine Reorganisation angestrebt. Suntech Power gehört zu den weltweit größten Herstellern von Sonnenkollektoren. Das private, in New York börsennotierte Unternehmen mit Sitz in Wuxi in der ostchinesischen Provinz Jiangsu war durch Überkapazitäten und den Preisverfall auf dem Markt für Sonnenkollektoren in Schieflage geraten.

Anfang der Woche war bekanntgeworden, dass Suntech Power eine Anleihe nicht mehr bedienen konnte und Kreditgeber oder Investoren suchte. Der Aktienkurs des Unternehmens war schon länger in den Keller gesackt.

Die Insolvenz ist nach Ansicht von Experten ein Zeichen, dass die Konsolidierung in der Solarindustrie in Europa und

den USA jetzt auch China erreicht hat. Die Förderung der Solarindustrie in China hatte zu einem Boom geführt. Doch sorgten Überkapazitäten und geringere Nachfrage für einen starken Preisrückgang auf dem Weltmarkt.

Im vergangenen Jahr hatten die USA auch Strafzölle gegen chinesische Produzenten verhängt, denen Preisdumping vorgeworfen wurde. In Europa ermittelt die EU-Kommission ebenfalls wegen wettbewerbsverzerrender Subventionen in der Volksrepublik.

Suntech Power war einer der Führer der Industrie in China und galt 2011 sogar als der weltgrößte Hersteller. Auch andere chinesische Hersteller wie Yingli Green Energy, LDK Solar Company oder Trina Solar leiden unter den sehr schwierigen Marktbedingungen und sollen nach Presseberichten ebenfalls Verluste gemacht haben.

Kompromiss für Fledermäuse

Umweltschützer und Windpark-Betreiber im Hunsrück einigen sich außergerichtlich

Im **Ellern/Mainz**. Naturschützer und das Energieunternehmen Juwi haben ihren juristischen Streit um einen neuen Windpark im Hunsrück beigelegt. Zum Schutz der Fledermäuse verpflichtet sich der Betreiber Juwi, die Rotoren bei hoher Aktivität der kleinen Säuger abzuschalten. Außerdem werde das Unternehmen zusätzlich zu den bereits begonnenen Projekten keine weiteren Windenergieanlagen im Soonwald errichten, teilten Juwi und die Naturschutzverbände NABU und BUND in Wörrstadt und Mainz mit.

Im Gegenzug ziehen die Umweltschützer ihre Klage vor dem Verwaltungsgericht Koblenz gegen die Genehmigung von

acht Anlagen zurück. Darauf einigten sich die Parteien außergerichtlich. Die Naturschutzverbände hatten sich gegen das Projekt in Ellern und Rheinböllen gewehrt, da es in dem Wald besonders viele Fledermäuse und mit 15 Arten eine große Vielfalt gebe. „Da wir die Auflagen zum Schutz der Fledermäuse im Genehmigungsbescheid für unzureichend halten, mussten wir dagegen vorgehen“, erklärte Andreas Lukas vom NABU.

„Energiewende und Naturschutz sind für uns keine Gegensätze“, versicherte Juwi-Vorstand Matthias Willenbacher. Beides gehöre zusammen und werde bei allen Projekten für regenerative Energieanla-

gen berücksichtigt. Die Bedingungen für einen Stopp der Windräder sollen vom Freiburger Fledermaus-Fachmann Robert Brinkmann ermittelt und überwacht werden.

Von der Politik erhoffen sich beide Seiten, dass diese Standards künftig für alle Betreiber verbindlich vorgeschrieben werden. Die Regelung für die acht Hunsrücker Windräder sieht unter anderem vor, dass die Rotoren vom 1. April bis 31. August ab einer Stunde vor Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang stillstehen – sofern die Windgeschwindigkeit weniger als 6 Meter pro Sekunde beträgt und es mindestens 10 Grad warm ist.